



F r e i e H a n s e s t a d t B r e m e n

**Rede des Präsidenten des Senats,
Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte,
zum Europäischen Schutzschild für die Demokratie: Förderung
starker und widerstandsfähiger Demokratien
in der 1062. Sitzung des Bundesrates
am 6. März 2026**



Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

der Schutz der Demokratie steht im Zentrum unserer Arbeit. Sie ist das Fundament unseres Zusammenlebens, Garantin für Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und soziale Gerechtigkeit.

Zugleich erleben wir in diesen Tagen, dass dieses Fundament nicht mehr ohne weiteres als selbstverständlich angesehen werden kann. Polarisierung, Desinformation und Angriffe auf demokratische Institutionen fordern uns heraus – in Deutschland, in Europa und weltweit.

Deshalb begrüße ich ausdrücklich die Initiative der Europäischen Kommission zur Förderung starker und widerstandsfähiger Demokratien, die uns heute hier als „Europäischer Schutzschild für die Demokratie“ vorliegt. Denn uns Demokratinnen und Demokraten ist klar, wir müssen unsere Demokratie resilienter machen.

In diesem Sinne hat sich Bremen zusammen mit Baden-Württemberg, Berlin und Schleswig-Holstein in die Beratungen der Vorlage eingebracht und wir hoffen sehr, dass wir heute hier im Plenum eine klare Stellungnahme verabschieden können. Der Kampf gegen Desinformation spielt dabei eine entscheidende Rolle. Nicht umsonst begann für einen der bekanntesten europäischen Dissidenten, Vaclav Havel, sein Kampf für die Freiheit mit dem „Versuch, in der Wahrheit zu leben“. Mir scheint, diese Maxime brauchen wir heute mehr denn je, und zwar in allen Lebensbereichen.



Rede von
Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte
am 6. März 2026 in der 1062. Sitzung des Bundesrates

Die praktische Umsetzung ist für moderne, komplexe Gesellschaften allerdings eine erhebliche Herausforderung, die wir nur bewältigen können, wenn wir unsere Kräfte bündeln. Denn auch und gerade die Feinde unserer Demokratien organisieren sich - im Inland und im Ausland.

Diesen Aktivitäten müssen wir gemeinsam entschlossen entgegentreten. Genau hier setzt die Europäische Kommission mit ihrer Mitteilung zum Schutzschild für die Demokratie an. Es ist gut, dass mit dieser Mitteilung noch einmal deutlich gemacht wird, über welche Möglichkeiten die Europäische Union schon heute verfügt – insbesondere bei der Bekämpfung von Desinformation im Netz. Ich erwarte, dass Instrumente wie der Digital Services Act und die darin vorgesehenen Sanktionsmöglichkeiten künftig konsequent genutzt werden. Dies gilt auch und gerade für den Bereich des Jugendschutzes im Netz. In vielen europäischen Staaten wird derzeit diskutiert, ob Nutzungsbeschränkungen für Kinder und Jugendliche erforderlich sind. Australien ist, wie Sie wissen, diesen Schritt bereits gegangen.

Und auch in Deutschland regt sich etwas. Aus der SPD kamen zuletzt kluge Vorschläge. Es geht um ein vollständiges Verbot der Nutzung von Social-Media-Plattformen für unter 14 -Jährige und regulierte Jugendversionen für unter 16-Jährige. Auch die CDU hat ähnliche Ideen auf ihrem letzten Parteitag diskutiert. Ich bin zuversichtlich, dass es genügend Überschneidungen gibt, um zu einem gemeinsamen Vorstoß zu kommen.

Denn das Thema treibt uns alle um - nicht nur Eltern und ihre Kinder. Wir müssen diese Debatten führen, in der Politik ebenso wie am Abendbrottisch.

Wenn es uns nicht gelingt, unsere Kinder und Jugendlichen vor den Gefahren von Desinformation, Hass, Hetze sowie dem Suchtpotenzial der Sozialen Medien zu bewahren, dann haben wir versagt!



Rede von
Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte
am 6. März 2026 in der 1062. Sitzung des Bundesrates

Meine Damen und Herren,

das von der Europäischen Kommission angekündigte Europäische Zentrum für Demokratische Resilienz ist ein weiterer wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Bei der anstehenden Konkretisierung des Konzepts ist sicherzustellen, dass das Zentrum mit ausreichend Ressourcen ausgestattet ist und einen niederschweligen Zugang für regionale und kommunale Akteure bietet.

Denn erstens schafft man durch Partizipation der Zivilgesellschaft Transparenz und Vertrauen in die Institutionen, und zweitens kann nur so der Dialog auf Augenhöhe entstehen, den wir gerade jetzt so dringend brauchen.

Transparenz, Vertrauen und Dialog sind genau die Elemente, auf die es ankommt, wenn wir in unseren demokratischen Gesellschaften Akzeptanz und Resilienz erzeugen wollen. Es reicht nicht aus, krisenhafte Zuspitzungen irgendwie überstehen zu wollen, im Sinne eines „muddling-through“.

Unser Ziel muss es sein, aus diesen Krisen ein neues Gemeinschaftsgefühl zu erschaffen, so dass wir gestärkt daraus hervorgehen. Und dazu ist jeder und jede von uns an seinem Platz gefordert – in der Familie, in der Gemeinde, im Land, im Bund oder in der Europäischen Union.

Lassen sie uns gemeinsam den Schutzschild für die Demokratie noch stärker machen.

Vielen Dank!